

LAND & LEUTE

BRANDENBURG, WIRTSCHAFT, KULTUR, MEDIEN, WETTER UND TV



Beliebtes Sonntagsritual

Der Tatort ist eine feste Größe im deutschen TV. Seite 11



Soziale Medien spielen im Wahlkampf eine große Rolle.

FOTO: JAN WOITAS/DPA

„Die anderen Parteien müssen endlich aufwachen“

Die AfD ist auf TikTok deutlich sichtbarer als die anderen Parteien. Woran das liegt und wie sich das ändern lässt, hat der Potsdamer Forscher Roland Verwiebe untersucht

Potsdam. Die AfD dominiert TikTok und beeinflusst die politische Meinung von Erstwählern – zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Potsdam. Wie der Algorithmus der AfD in die Hände spielt und was die anderen Parteien davon lernen können, erklärt Sozialstrukturforscher Roland Verwiebe.

Aus Ihrer Studie geht hervor, dass die AfD auf TikTok bei Erstwählern doppelt so erfolgreich ist wie alle anderen Parteien zusammen. Haben Sie mit diesem Ergebnis gerechnet?

Roland Verwiebe: Wirklich überrascht war ich nicht. Dass die AfD auf TikTok sehr dominant ist, zeigen schon andere Untersuchungen. Das heißt aber nicht, dass das Ergebnis nicht trotzdem drastisch ist. Wir haben untersucht, welche Wahlkampfthemen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg die für die Studie angelegten Nutzerprofile erreichen. Zielgruppe waren Erstwähler im Alter von 18 Jahren, die keiner Partei offen nahestehen oder angehören. Über 75.000 Videos wurden untersucht, etwa 2000 davon waren tatsächlich politisch. Was deutlich wurde: Populistische Parteien wie die AfD und auch das BSW sind auf TikTok viel erfolgreicher als andere Parteien. Wie wir sehen, kann das Wahlen beeinflussen.

Warum ist denn die AfD auf TikTok so erfolgreich?

Das hat mehrere Gründe: Vor allem ist die Machart der Videos eine ganz andere. Die Videos sind schnell, dynamisch, verwenden TikTok-Trends. Viele der AfD-Posts sind untermalt von treibender und schneller Musik, zum Beispiel mit Songs von Rammstein oder Ballermann-Musik. Und bei allem wird mit Emotionalität gearbeitet. Und das führt mich zum zweiten Punkt: Inhaltliche Aussagen spielen nicht unbedingt eine Rolle. Manchmal ist es auch einfach eine Parole von einer Veranstaltung, bei der es viel

Applaus gab. Das funktioniert auf TikTok einfach besser. Der Algorithmus geht anscheinend davon aus, dass das junge Leute eher anspricht als Videos, in denen viel mit Text gearbeitet und die Politik aufwendig erklärt wird. So, wie es viele der anderen Parteien machen.

Aus Ihrer Studie geht ja auch hervor, dass die AfD ein großes Netzwerk hat von Partei-externen Accounts ...

Ja, das stimmt. So ein Netzwerk haben die anderen Parteien nicht. Die AfD hat viele Multiplikatoren, zum Beispiel Influencer. Die reposten die Videos der AfD, aber produzieren auch eigene Inhalte. Unsere Untersuchung zeigt auch, dass die anderen Parteien genauso viele oder wie die SPD sogar mehr Videos über Parteiaccounts gepostet haben, aber die Anzahl der Posts nicht die Reichweite bestimmt. Da haben AfD und BSW die Nase vorn. Dazu kommt, dass sehr viele AfD-Politiker ihre eigenen Accounts haben und nicht nur auf einen zentralen Partei-Account setzen. Das ist nach unseren Ergebnissen ein weiterer Grund für den Erfolg der AfD.

Bei den Brandenburger Grünen ist das auf der Landesebene anders: Nur der Landesverband hat einen Account auf TikTok, die beiden Spitzenkandidaten haben keine eigenen. Spitzenkandidatin Antje Töpfer begründet das damit, dass sie ihre Kräfte und Stärken effizient einsetzen und sich daher auf einen zentralen Account konzentrieren wollen. Was sagen Sie dazu?

Aus TikTok-Sicht ist das wahrscheinlich nicht sinnvoll: Die Reichweite wird so automatisch kleiner, es werden weniger Zielgruppen erreicht und die Chance ist gering, dass der Algorithmus die Videos von dem einen Account aufgreift. Ich kann aber nachvollziehen, dass die Partei ihre Ressourcen einteilen muss. Man sieht am Beispiel der US-Wahlkämpfe, dass es auch einfach umsonst Geld geht. Ein funktionieren-

der Online-Wahlkampf ist teuer. Allein um Reichweite zu bekommen, muss man wie die AfD ein Netzwerk aufbauen. Das kostet Zeit und Geld. Wenn hier eine Partei online erfolgreich sein will, muss sie also bereit und in der Lage sein, zu investieren. Dank des Parteiengesetzes wird in Deutschland am Ende aber nicht allein das Geld über eine erfolgreiche Wahl entscheiden.

Roland Verwiebe, Sozialstrukturforscher

Populistische Parteien wie die AfD und auch das BSW sind auf TikTok viel erfolgreicher als andere Parteien.



Was müssten andere Parteien tun, um auf TikTok an den Erfolg der AfD heranzukommen?

Geld investieren ist das eine, aber auch die vorhandenen Ressourcen besser nutzen. Bei allen Verbänden gibt es doch Nachwuchs, junge Menschen, die selbst in den sozialen Medien unterwegs sind und neue Ideen mitbringen. Grundsätzlich muss auch klar sein, dass die Parteien sich nicht darauf verlassen können, dass sie ohne eine gezielte Social-Media-Strategie für verschiedene Nutzergruppen in der Zukunft erfolgreich sein können. Keine Partei hat ein grundsätzliches Existenzrecht, und es ist einfach so, dass sich das Leben verändert hat. Vieles findet im digitalen Raum statt, und der muss entsprechend auch beispiel-

Die SPD Brandenburg hat darauf verzichtet, für den Wahlkampf auf TikTok aktiv zu werden – unter anderem mit der Begründung, dass das nicht so kurzfristig gehe, und sie sich eher auf Facebook und Instagram konzentrieren. Was sagen Sie dazu?

Unsere Ergebnisse und auch andere Studien legen nahe, dass man auf TikTok interessante und für den Algorithmus der Plattform gut

Roland Verwiebe ist Sozialstrukturforscher an der Universität Potsdam.
FOTO: SCHOLZ/UNIVERSITÄT POTSDAM

funktionierende Inhalte anbieten sollte. Das muss sich jede Partei gut überlegen. Die eigenen Ergebnisse und die der anderen Parteien bei den Jungwählern wären der Maßstab. Aber es ist richtig, dass man auf anderen Plattformen wie Instagram und Facebook andere Altersgruppen gut erreichen kann. Klar ist aber auch: Bei unseren sehr jungen Nutzerprofilen haben AfD und BSW 80 Prozent der politischen Inhalte auf TikTok gestellt, das liegt auch an der mangelnden Präsenz der anderen Parteien. Es ist Zeit, aufzuwachen und endlich zu investieren. Das wird nicht sofort funktionieren, aber irgendwann müssen die moderaten Parteien damit anfangen. Nur so ist es möglich, dem Erfolg der AfD entgegenzusteuern.

Ist TikTok also die Erklärung für den Erfolg der AfD?

Auch, aber nicht nur. Ich glaube, dass es wichtig ist, die Entscheidungen der Wähler zu respektieren und rationale Gründe bei der Wahlentscheidung zu unterstützen. Man sollte sich eher fragen, warum das Vertrauen in die Demokratie so erschüttert ist. Es gibt strukturelle Probleme in vielen Bereichen wie im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, auf dem Wohnungsmarkt. Die massive Inflation der letzten Jahre hat viele Haushalte stark getroffen. Das erste Ziel für die Parteien in Regierungsverantwortung muss aus meiner Sicht daher sein, gute Politik für alle zu machen und die bestehenden Strukturprobleme wirklich anzugehen. Die Social-Media-Strategie kommt dann als Zweites. So kann man vor allem auch diejenigen Generationen erreichen, die das politische System ohne die AfD gar nicht kennen und nach Lösungen für ihre Probleme suchen. Lieber eine analoge Podiumsdiskussion weniger, wenn dafür die politische Kommunikation im digitalen Raum funktioniert.

Interview: Anna O'Connell

Mehrheit der Top-Beamten aus Westen

Landesregierung will mehr ostdeutsche Führungskräfte

Potsdam. Fast 35 Jahre nach der Wende sind die meisten Führungspositionen in den Brandenburger Ministerien noch immer von Beamten aus dem alten Bundesgebiet besetzt. Allerdings haben sich der Anteil der Beschäftigten mit Ost-Erfahrungen in den Leitungsfunktionen der Landesregierungsverwaltung seit April 2019 um knapp vier Prozent oder etwas mehr als 30 Beschäftigte erhöht. Das teilte die Staatskanzlei in Potsdam auf Anfrage des Linke-Fraktionschefs im Landtag, Sebastian Walter, mit.

In der Antwort wird betont, dass Brandenburg seit der Wende immer einen Ministerpräsidenten mit ostdeutscher Vergangenheit hatte. Auch bei den Fachministern habe die Mehrheit eine ostdeutsche Biografie. Aktuell hätten 70 Prozent der brandenburgischen Kabinettsmitglieder eine ostdeutsche Sozialisation.

In den Fachressorts stellen allerdings die nach der Wende aus dem Westen zugewanderten Führungskräfte noch immer die Mehrheit. Nur im Bildungsministerium überwiegen die Beamten in Führungspositionen aus Ostdeutschland mit 72,7 Prozent und im Sozialministerium mit 54,3 Prozent. Im Innenministerium und in der Staatskanzlei sind es jeweils 50 Prozent.

An den märkischen Gerichten sind den Angaben zufolge nur zwölf der 39 Führungspersonlichkeiten in Ostdeutschland (ohne Berlin) geboren und dort zur Schule gegangen.

Die Landesregierung stellte klar, sie halte daran fest, den Anteil der Menschen mit ostdeutschem Erfahrungshintergrund in Leitungs- und Entscheidungspositionen zu erhöhen.

Prozess um Sturz von Seebücke

Zinnowitz. Die an die Gemeinde Zinnowitz gerichteten Schadenersatz- und Schmerzensgeldforderungen einer Mutter aus Brandenburg nach dem Sturz ihres zweijährigen Sohnes von der dortigen Seebücke haben einen Dämpfer erhalten. Aus ihrer Sicht habe die Udesomer Gemeinde ihre Verkehrssicherungspflicht nicht verletzt, sagte Richterin Irina Bonin während des Zivilverfahrens mehr als drei Jahre nach dem Vorfall. Die Gemeinde müsse sich auf die erwartbare Nutzung einer Seebücke einstellen. „Es ist kein Spielgerät. Es ist kein Spielplatz.“ Offenbar sei selbst die Mutter vom Verhalten ihres Sohnes überrascht worden.

Die damals 34-Jährige hatte im Sommer 2021 ein Urlaubsfoto mit ihren Söhnen auf der Seebücke – der Ältere war damals zehn – dem Strand und dem Sonnenuntergang im Hintergrund machen wollen. Nach Darstellung der Mutter wollte sich der Jüngere ebenso wie sein älterer Bruder hinsetzen, habe das Gleichgewicht verloren und sei rücklings durch das Geländer hindurchgefallen. Die aus Barmen kommende Mutter war hinterhergesprungen und hatte sich den linken Fuß und das Bein schwer verletzt. Der Junge blieb unverletzt.

Die Mutter fordert von der Gemeinde mindestens 35.000 Euro. Eine Entscheidung wird das Gericht Ende September bekanntgeben.